Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unr. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 217. **Freitag** den 5. August 1887. **81. Jahrgang**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die Herstellung der Gaseinrichtungen in sämmtlichen Gebäuden des hiesigen Schlacht- und Viehhofes soll vergeben werden.

Bedingungen und Unterlagen für diese Arbeiten können im Baubureau des Schlachthofes gegen Entrichtung der Schreibgebühren im Betrage von 1 ℳ entnommen werden.

Die Gebote sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Gaseinrichtungs-Arbeiten für den Schlachthofsbau"

versehen bis zum **15. August** laufenden Jahres Vormittags 11 Uhr bei der Nuntiatur des hiesigen Rathhauses abzugeben.

Leipzig, den 28. Juli 1887.

Ia 4323. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Tröndlin. Eichorius.

Bekanntmachung.

Die Herstellung der Tischler-Arbeiten für den hiesigen Schlacht- und Viehhof soll vergeben werden.

Bedingungen und Unterlagen für diese Arbeiten können im Baubureau des Schlachthofes gegen Entrichtung der Schreibgebühren im Betrage von 1 ℳ entnommen werden.

Die Gebote sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Tischler-Arbeiten für den Schlachthofsbau"

versehen bis zum 15. August laufenden Jahres Vormittags 11 Uhr bei der Nuntiatur des hiesigen Rathhauses abzugeben.

Leipzig, den 28. Juli 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia 4322. Dr. Tröndlin. Eichorius.

Bekanntmachung.

Die Erd- und Maurerarbeiten für das Kühlhaus des hiesigen Schlacht- und Viehhofes sind vergeben und werden die unberücksichtigt gebliebenen Herren Bewerber deshalb hierdurch ihrer Offerten entbunden.

Leipzig, den 28. Juli 1887.

Ia. 4354/1010. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Tröndlin. Eichorius.

Bekanntmachung.

In Folge der Höherlegung des

Schleußiger Wegs

wird derselbe auf der Strecke zwischen der Kopswehrbrücke und der Schleußiger Brücke

von Montag, den 8. August d. J. ab

bis auf Weiteres

für allen unbefugten Fahrverkehr

gesperrt.

Während der Dauer dieser Sperrung wird der Fahrverkehr auf den von der Plagwitzer Straße durch das Nonnenholz nach der Connewitzer Linie führenden Fahrweg, bez. über Plagwitz verwiesen.

Leipzig, am 29. Juli 1887.

Die Königl. Amtshauptmannschaft.
Dr. Platzmann.
Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 5192. Dr. Tröndlin. Hennig.

Bekanntmachung.

Die Herstellung der Wasserleitungsanlagen in sämmtlichen Gebäuden des hiesigen Schlacht- und Viehhofes soll vergeben werden.

Bedingungen und Unterlagen für diese Arbeiten können im Baubureau des Schlachthofes gegen Entrichtung der Schreibgebühren im Betrage von 1 ℳ entnommen werden.

Die Gebote sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Wasserleitungs-Arbeiten für den Schlachthofsbau"

versehen, bis zum **18. August lauf. Jahres** Vormittags 11 Uhr bei der Nuntiatur des hiesigen Rathhauses abzugeben.

Leipzig, den 30. Juli 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 4263. Dr. Tröndlin. Eichorius.

Bekanntmachung.

Die Steinmetz- und Zimmerarbeiten für das Kühlhaus, Einfriedigungen, Eisenbahnbetriebsgebäude und Wasserstation, sowie die Malerarbeiten für sämmtliche Gebäude des hiesigen Schlacht- und Viehhofes sind vergeben und werden die unberücksichtigt gebliebenen Herren Bewerber deshalb hierdurch ihrer Offerten entbunden.

Leipzig, den 28. Juli 1887.

Ia. 4316/994. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Tröndlin. Eichorius.

Bekanntmachung.

Montag, den 8. August d. J., soll mit dem Schleußenbau längs der Ostfront des Roßplatzes begonnen werden.

Es wird daher **die längs der Ostfront des Roßplatzes hinführende Straße**

von Montag, den 8. d. Mon., ab

auf die Dauer der Arbeiten **für allen unbefugten Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, den 2. August 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 5081. Dr. Tröndlin. Hennig.

Jagdverpachtung.

Das der Stadtgemeinde Leipzig zustehende **Jagdrecht auf den Grundstücken** des derselben gehörigen **Rittergutes Stötteritz untern Theils nebst Zubehör** von 233 Acker 43 □R — 129 Hektar 02.6 Ar jagdbarer Fläche soll auf die **sechs Jahre vom 1. September 1887 bis 31. August 1893**

Dienstag, den 16. dies. Mon.
Vormittags 11 Uhr

an Rathsstelle, Rathhaus I. Etage Zimmer Nr. 16, an den Meistbietenden anderweit **verpachtet** werden.

Die Verpachtungs- und Versteigerungsbedingungen liegen ebendaselbst auf dem großen Saale zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 1. August 1887.

Ib. 3837/86. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Tröndlin. Krumbiegel.

Bekanntmachung.

Die Herstellung der Trottoirs am **Predigerhause zu St. Nicolai** soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, II. Etage, Zimmer Nr. 14 aus und können daselbst eingesehen, resp. gegen Entrichtung der Gebühren entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift: **„Trottoirlegung am Predigerhause zu St. Nicolai"** versehen ebendaselbst und zwar bis zum **16. lauf. Mts.** Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 3. August 1887.

Ib. 3014. **Des Raths der Stadt Leipzig**
Straßenbaudeputation.

Bekanntmachung.

Wegen Abhaltung des

Barfußgäßchens

wird dasselbe

von Freitag, den 5. ds. Mts. ab

auf die Dauer der Arbeiten

für allen unbefugten Fahrverkehr gesperrt.

Leipzig, am 3. August 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
IX 5192. Dr. Tröndlin. Hennig.

Bekanntmachung.

In unserer Verwahrung befindet sich

ein Sommerüberzieher von dunklem, wenig braunmelirtem Stoff mit schwarzbraunem Sammetkragen, schwarzem Wollatlasfutter, Stoffhenkel und in den Aermeln mit braun- und schwarzgestreiftem Futter und Taschen, wie gewöhnlich,

nebst einem Paare darinsteckender hellbrauner Glacéhandschuhe, welchen am Mitte vor. Monats ein unbekannter junger Mann einem Kellner in einer hiesigen Restauration gegen Darleihung von 10 ℳ als Pfand überlassen hat.

Da der junge Mann nichts wieder hat von sich hören lassen, so dürfte anzunehmen sein, daß der Ueberzieher, welcher einen Werth von ca. 40 ℳ haben dürfte, nicht auf redliche Weise in den Besitz des Unbekannten gekommen ist.

Sollte Jemandem ein Ueberzieher, wie der beschrieben, fehlen, so wird derselbe ersucht, sich ungesäumt in unserem Criminalcommissariate zu melden.

Leipzig, am 20. Juli 1887.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Z. V.:
Nr. 2057 Ia. Junck, Pol.-Rath. R.

Her Majesty's Proclamation,

extending Pardons to Soldiers who may have deserted from the Land Forces, is put up in our Consular Office, where it may be seen daily, Sundays excepted, from 11 a. m. till 12 noon.

Leipzig, August 1, 1887.

British Consulate General
Baron B. von Tauchnitz.

Bekanntmachung.

Die Stelle des Facultätsdieners bei der philosophischen Facultät ist besetzt; die nicht berücksichtigten Bewerber können die eingereichten Zeugnisse auf der Universitäts-Kanzlei in Empfang nehmen.

Leipzig, den 4. August 1887.

Der z. Decan der phil. Facultät
Overbeck.

Gesucht

wird der Kürschner **Gustav August Reinhold Gilsenecke**, geboren am 3. April 1856 zu Kulau, Reg.-Bezirk Posen, mittlerer Statur, dunkeln Haaren und großem dunklem Vollbart, der zur Fürsorge für seine Kinder anzuhalten ist.

Lindenau 5. Leipzig, am 3. August 1887.

Der Gemeindevorstand.
Gueck.

Erledigt

hat sich die am 26. vor. Mts. diesseits erlassene Bekanntmachung, den vermißten Handarbeiter **Heinrich Richard Schumann** betreffend.

Volkmarsdorf, am 3. August 1887.

Der Gemeindevorstand.
J. V.:
R. Schütz, Gemeindeältester. G.

Bekanntmachung.

Der diesjährige Obstaufhang im hiesigen Kammergutsbezirke und auf den zur hiesigen Königlichen Saline gehörigen Grundstücken am rechten Ufer der Saale soll

Mittwoch, den 10. August d. J., Vormittags 10 Uhr,

im hiesigen Salzamtsgebäude meistbietend verkauft werden.

Die Verkaufsbedingungen werden im Termine selbst bekannt gemacht, können jedoch auch vorher in unserer Registratur eingesehen werden.

Dürrenberg, den 29. Juli 1887. **Königliches Salzamt.**

Nichtamtlicher Theil.

Das Parteiwesen, eine Krankheit der Deutschen.

II.

* Es hieße Uebermenschliches fordern von dem praktischen Politiker, von der Presse, deren Aufgabe es ist, Stellung zu nehmen im Kampfe der Parteien, daß man mit der leidenschaftslosen, objectiven Unbefangenheit des Historikers zu einem Urtheil über alle Parteien und deren Werth und Leistungen gelangen sollte, welches auch von allen diesen Parteien als als richtig und unanfechtbar anerkannt würde. Diese Aufgaben haben wir uns nicht gestellt und können uns nicht stellen. Aber indem wir voraussetzen, daß alle vorhandenen politischen Parteien in Einem einig sind, nämlich in dem Streben, nach Möglichkeit dem Vaterlande zu dienen, des Reiches und der Einzelstaaten Wohlfahrt mit allen Kräften zu fördern, sind wir sicherlich zu der Forderung berechtigt, daß auch allerseits anerkannt werde, daß wir, die nationalliberale Partei, diesen Standpunct jederzeit eingenommen und vertreten haben, und kein Kampf gegen andere Parteien wird je im Stande sein, uns in dieser Beziehung jemals eine Untreue oder Inconsequenz vorzuwerfen. Und das drückt uns auch heute die Feder in die Hand. Nach reiflichster Erwägung, nach fleißigem Nachdenken, nach Berücksichtigung aller thatsächlichen Momente, fußend auf den Erfahrungen, welche uns die Geschichte des deutschen Reiches seit dem Bestehen des deutschen Reichstages an die Hand giebt, sind wir zu der innigen Ueberzeugung gelangt: Die Zahl unserer politischen Parteien ist zu groß, als daß sie auf die Dauer ertragen werden könnte, die Zahl der politischen Parteien ist unheilvoll für unser junges Staatswesen und würde auch für ein länger bestehendes Reich zum Verderben ausschlagen müssen. Wir halten es also für die höchste und wichtigste Aufgabe jedes patriotischen Mannes, soweit ihn sein politisches Urtheil und seine Bildung und Fähigkeit dazu in den Stand setzen, an der Verringerung der großen Zahl der Parteien, an der allmäligen Verschmelzung einander nahe verwandter Parteien zu arbeiten.

Wir haben gestern dargelegt daß wir die Socialdemokraten hier ausnehmen. Sie gelten uns nur ein Unkraut, welches überhaupt nicht existiren darf, welches einfach auszurotten ist. Und es freut uns, constatiren zu können, daß diese Auffassung von allen Deutschen, von allen monarchischen Parteien getheilt wird.

Der Vollständigkeit halber müssen wir vielleicht die Demokraten oder die „Volkspartei" erwähnen. Die Ziele dieser Leute sind unklar, da sie nicht deutlich ausgesprochen werden. Sind es vielleicht verkappte Republikaner? Wie dem auch sei, eine eingehendere Beschäftigung mit diesen Leuten ist nicht erforderlich, da sie glücklicherweise im Reichstage nicht mehr vorhanden sind. Von dieser Seite droht uns keine Gefahr, ein mächtiges Staatswesen, wie das deutsche, wird stets im Stande sein, einiger Hundert unklarer und unreifer Wirrköpfe Herr zu werden. Im Uebrigen glauben wir, daß diese Sorte von „Politikern" im Aussterben begriffen ist — auch ohne unser Zuthun.

Aber in großer Zahl vorhanden sind noch immer die Ultramontanen, welche sich im Reichstage als organisirte Partei des Centrums darstellen. Die Partei der Ultramontanen ist insofern der socialdemokratischen vergleichbar, als auch sie unserem deutschen Reiche fremd und feindlich gegenüberstehen. Wir betonen zunächst, daß dieser Vorwurf sich durchaus nicht gegen die Katholiken richtet, auch nicht gegen Diejenigen unter ihnen, welche im ultramontanen Sinne zu stimmen pflegen, selbst nicht gegen die einzelnen Mitglieder der parlamentarischen Partei, ihre Führer und andere außerparlamentarische Parteihäupter. Alle diese Einzelnen mögen vielleicht ihr politisches System für vereinbar halten mit den Interessen des Reiches; aber die Partei selbst als solche ist objectiv reichsfeindlich, so sehr und so oft sie auch versuchen mag, diesen Vorwurf mit einer gewissen Indignation zurückzuweisen. Die Thatsachen haben unsere Behauptung nur zu oft bewiesen. Die ultramontane Partei ist ihrer Grundlage nach nicht eine staatlich-politische, sondern eine kirchliche Partei. Das hat sie zwar gelegentlich in Abrede gestellt, bei anderen Gelegenheiten aber wiederum mit Emphase selbst versichert und wiederholt erklärt, die Partei werde, so lange sie nicht ihre „Forderungen in dem Culturkampf" durchgesetzt habe, in ihrer Oppositionsstellung verharren. Im Uebrigen werden auch ultramontane Abgeordnete nur in Wahlkreisen mit stark überwiegender katholischer Bevölkerung gewählt oder in hannöverschen Wahlkreisen durch protestantische Welfen, was klar die Verwandtschaft zwischen Ultramontanen und Welfen erweist, welche schwerlich in einem anderen Punct als in der gemeinsamen Gegnerschaft gegen das Reich gefunden werden kann.

Die Einführung kirchlicher Parteien in das Staatsleben ist, zumal in einem paritätischen Lande, bedenklich; sie wäre aber immerhin erträglich und bis zu einem gewissen Grade erklärlich, wenn die kirchliche Partei sich wenigstens darauf beschränkte, ihre besonderen kirchlichen Interessen zu vertreten und nur in den Dingen, die irgend einen vernünftiger Weise anzuerkennenden Zusammenhang mit Kirche und Religion darbieten, als Partei zu agiren. Das Centrum thut das gerade Gegentheil. Es ist die vielleicht am besten disciplinirte Partei, es stimmt stets geschlossen auch in absolut weltlichen Fragen, bei welchen eine katholische Beziehung herauszufinden auch für das schärfste Auge schlechterdings unmöglich ist, und forscht man nach dem Faden, welcher die einzelnen Abstimmungen und Aeußerungen des Centrums verbindet, so findet man, daß lediglich die unbedingte, soweit wie irgend möglich getriebene Opposition die Partei zusammenhält, deren einzelne Mitglieder, rein politisch genommen, so ziemlich alle Schattirungen von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken vertreten würden.

Daß das Bestehen einer solchen Mischmaschpartei, welche politisch nur im Haß und in der Negation einig ist, geradezu als ein Unglück für unser Vaterland zu bezeichnen ist, daß durch eine solche Partei jeder gedeihlichen Entwickelung nach Innen und nach Außen die allergrößten Schwierigkeiten veranlaßt werden, ist leider so sehr durch Thatsachen dargethan, daß es eines weiteren Beweises durch Worte nicht bedarf. Diese Erkenntniß ist bei Conservativen und Nationalliberalen, bei der Reichspartei und sogar bei vielen Freisinnigen durchgedrungen. Ja noch mehr, die letzten parlamentarischen Vorgänge, die Abstimmungen über die Verlängerung des Militair-Septennats, haben gezeigt, daß auch in katholischen Volkskreisen die Ueberzeugung von dem verderblichen Wirken einer ultramontanen Partei sich Bahn zu brechen beginnt, ja daß sogar einzelne frühere Mitglieder der Centrumspartei sich dieser Erkenntniß nicht mehr verschließen konnten und auf weiteres parlamentarisches Mitarbeiten im Centrumsverbande Verzicht leisteten. Und nachdem die preußische Regierung die größte Concession damit gemacht, daß sie in directe Verhandlungen mit der Curie eintrat, nachdem fast alle Beschwerdepuncte der officiellen Vertretung der Kirche beseitigt, ist der überzeugende Beweis für jeden Katholiken geliefert, daß sie keiner „parlamentarischen" Vertretung für ihre religiösen Interessen bedürfen — was übrigens schließlich seitens der Curie selbst ausgesprochen wurde.

Und nun fordern wir die praktische Consequenz: Das Centrum muß aufhören, es muß zerfallen, die einzelnen Mitglieder müssen der politischen Partei beitreten, zu welcher sie ihrer politischen Auffassung nach gehören. In kirchlicher Hinsicht ist die Partei nicht mehr nothwendig, wenn sie überhaupt einmal nothwendig war. In politischer Hinsicht mögen die Herren nun beweisen, ob sie sich so viel Selbstständigkeit bewahrt haben, um nicht länger als die Puppen eines Herrn Windthorst dessen lediglich reichsfeindlichen Zwecken zur Stütze zu dienen. Zerfällt die Centrumspartei, dann gewinnt die Sache des Katholicismus am Reiche und im Reichstag den erwarteten Schutz und das Reich wird andererseits von einer schweren und lästigen Gegnerschaft befreit, welche keinen legitimen Grund anzugeben vermag. Darum, in aller Freundschaft zu unseren katholischen Mitbürgern, müssen wir immer wieder und wieder den Ruf erheben: „Fort mit dem Centrum!"

Leipzig, 5. August 1887.

* Die „Kreuzzeitung" verzeichnet ein in Hofkreisen in Gastein circulirendes Gerücht, wonach unser Kaiser die Absicht habe, nach beendigter Cur seinen Aufenthalt um einige Tage zu verlängern und erst am 14. August die Rückreise anzutreten. — Weiter wird gemeldet:

* Bad Gastein, 3. August. Se. Majestät der Kaiser Wilhelm nahm gestern Abend den Thee bei der Gräfin Lehndorff ein. Des Regens halber unterblieb die Spazierfahrt und heute früh nach dem Bade die Promenade. Im Laufe des Vormittags nahm Se. Majestät Vorträge entgegen.

* Bad Gastein, 3. August. Die Zusammenkunft Sr. Majestät des Kaisers mit dem Kaiser von Oesterreich findet am nächsten Sonnabend Mittags 12 Uhr unmittelbar nach der Ankunft des Kaisers von Oesterreich statt. Das Befinden des Kaisers Wilhelm ist ein vorzügliches.

* Die „Germania" benutzt wieder einmal eine Gelegenheit, ihrer, gelinde gesagt, großen Abneigung gegen den Bischof Kopp einen zwar verblümten, aber für den Eingeweihten deutlich erkennbaren Ausdruck zu geben. Sie meldet nämlich unter Anderm, Domprobst Dr. Kayser sei in Berlin in der wichtigen Frage thätig gewesen, wie der Delegaturbezirk (Berlin, Brandenburg und Pommern) von dem Bisthum Breslau losgelöst und zu einem selbstständigen apostolischen Vicariate erhoben werden könnte. Die „Germania" will also ihre Leser glauben machen, das Breslauer Domcapitel beabsichtige, noch rasch, ehe der Bischof Kopp den fürstbischöflichen Stuhl besteigt, eine nicht unbedeutende Machtverminderung des neuen, ihm vom Papste gesetzten Fürstbischofs durchzusetzen. Dem gegenüber kann die „Kölnische Zeitung" auf Grund zuverlässiger Erkundigungen versichern, daß Domprobst Dr. Kayser, der allerdings auf der Rückkehr von Karlsbad nach Breslau sich in Berlin kurze Zeit aufgehalten hat, weder in Sachen einer Erhebung des Berliner Delegaturbezirks zu einem apostolischen Vicariat, noch in der andern von der „Germania" gleichfalls fälschlich angegebenen Angelegenheit der Regelung der Militairsorge verhandelt hat. Wenn die Breslauer Domherren Wünsche dieser Art hegen sollten, so werden sie sehr gern warten, bis sie dieselben ihrem neuen Fürstbischof vortragen und mit ihm über die zu ergreifenden Schritte berathen können.

* Der Reichstags-Abgeordnete Rittergutsbesitzer Falckenberg ist gestern im 65. Jahre nach kurzem schweren Leiden gestorben. Der Verstorbene gehörte der nationalliberalen Partei an und vertrat den Wahlkreis Wirsitz-Schubin. Nach heißem Kampf gelang es während der diesmaligen Wahlagitation, den Wahlkreis Wirsitz-Schubin, der bisher in den Händen der Polen war, zu erobern.

* * *

* Ueber das österreichisch-deutsche Bündniß und die österreichischen Klerikalen schreibt man der „National-Zeitung" aus Wien, 1. August:

Die Versicherungen gegenseitiger Bundestreue, welche dieser Tage zwischen den Herrschern und Ministern Oesterreich-Ungarns und Deutschlands zu Gastein und Kissingen werden ausgetauscht werden, dürfen an Herzlichkeit und Aufrichtigkeit nichts zu wünschen übrig lassen. Und Solches mag dem Freunde des Friedens und Demjenigen zur Befriedigung gereichen, welcher sich über die Macht-Zwecke und Macht-Mittel der beiden Kaiserstaaten eine klare Vorstellung zu bilden vermag und insbesondere im Laufe des letzten Jahres gelernt hat, wessen sich dieselben von ihren Nachbarn im Osten und Westen zu versehen haben. Inzwischen wird man mit derselben Aufmerksamkeit und Wachsamkeit, womit man die nicht officiellen, deutschfeindlichen Politiker an der Seine und Newa beobachtet, auch die Gegner des österreichisch-deutschen Bündnisses an der Donau und Moldau im Auge behalten müssen. Man wird dies thun müssen, so sehr der Augenschein dafür zeugt, daß es in Oesterreich der Kaiser allein ist, der die auswärtige, wie die innere Politik macht. Da ist es denn vor Allem beachtenswerth, daß jene klerikale Partei, die es von jeher am besten verstanden hat, den Thron der Habsburger zu umschmeicheln, aus Stand und Band darüber gerathen ist, daß eines ihrer fähigsten Mitglieder, Hofrath Lienbacher, sich wieder auf sein Deutschthum besonnen und es als schmählich erkannt und anerkannt hat, mit den slawischen Gegnern seines Volkes durch Dick und Dünn zu gehen. In unserer katholischen Hetzpresse und in katholischen Wähler-Versammlungen wird über die „Preußenseuche" fortgeschimpft, als ob nicht zwischen Berlin und dem Vatican Friede gemacht wäre, und als ob nicht Leo XIII. das deutsche Reich als die conservative Vormacht Europas zu schätzen wüßte. Diese anhaltende Begriffsverwirrung unserer österreichischen Klerikalen, welche Deutsch- und Katholischsein als zwei unvereinbare Dinge hinstellen, ist aber um so bedenklicher, als sie sich trefflich mit dem immer kühner auftretenden czechischen Hallstiismus verträgt, der, im Widerspruche mit der vom Papst angestrebten Anknüpfung mit dem Slawenthum, für Einführung des slawischen Kirchenritus schwärmt und das religiöse Leben in den Bereich der „nationalen Ideale" einbezogen sehen will. Man mag es in am Ende begreiflich finden, daß die deutschen Klerikalen sich neuerdings durch das Vorgehen gewissermaßen hofstätig zu machen suchten, sie müßten helfen, das Reich vor der Verschlingung durch das Preußenthum zu schützen. Aber wenn Graf Kalnoky für die Unwandelbarkeit der Bundestreue Oesterreichs dem Fürsten Bismarck sein Wort verpfändet, so wird er es unmöglich als einen Uebelstand empfinden müssen, daß es seinem Collegen Grafen Taaffe nicht besser gelungen ist, seine Anhänger im klerikalen Lager von der Nützlichkeit und Nothwendigkeit des deutschen Bündnisses zu überzeugen. Es ist denn doch die denkbar seltsamste Einleitung zu den Begegnungen in Gastein und Kissingen, wenn das unseren deutschen Klerikalen gesinnungsverwandte Organ der mährischen Klerikalen, der „Hlas", Deutschland für den allergrößten Feind Oesterreichs erklärt, den französischen und russischen Feinden Deutschlands seine Sympathien bekennt, Deutschlands Niederlage herbeiwünscht und Oesterreich strengste Neutralität bei einem Kampfe zwischen Rußland und Deutschland empfiehlt.

* Zur Lage in Bulgarien erhält die „Kölnische Zeitung" die folgende bemerkenswerthe Correspondenz aus Sofia, 26. Juli:

Als der Telegraph die Kunde brachte, Prinz Ferdinand von Koburg sei zum Fürsten Bulgariens erwählt und habe seine Vereinbarkeit erklärt, dem ihm gewordenen Rufe Folge zu leisten, durchhallte das Land zwar keine lärmende Begeisterung, aber man hörte doch lebhafte Befriedigung sich äußern. Man fühlte sich von einem schweren Alp befreit und begann mit Vertrauen auf Bulgariens weitere Entwickelung in die Zukunft zu sehen. Dann kam die Nachricht, Prinz Ferdinand habe in den Unterhaltungen mit der

SLUB
Wir führen Wissen.